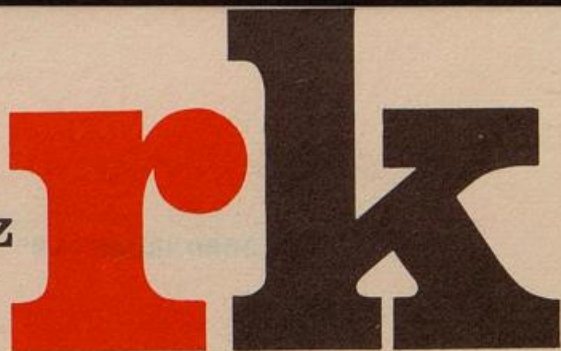


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 26. Februar 1982

Blatt 507

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag  
(rosa) Wiener Gemeinderat  
Notgemeinschaft Innenring dankte Gratz  
Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung

Nur  
über FS: 26.2. Brand im "Vorwärts"  
Schnee: 1.650 Mann im Einsatz  
Ring: Schadhafte Straßenbahn-Oberleitung

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von Gemeinderat MAYRHOFER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), für welche Unterstützungen im Rahmen der Sozialhilfe ein merkbarer Anstieg in den Monaten Jänner und Februar 1982 verzeichnet werden konnte, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß die Ergebnisse für Februar noch nicht vorliegen. Ein merkbarer Anstieg wurde bei der Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, bei den Pensionswerbern und den Aufwendungen für Flüchtlingshilfe registriert. Eine Verminderung der Leistungen wurde bei den Dauerleistungen und den Mietzinsbeihilfen festgestellt. Der Anstieg bei den Pensionswerbern ist wegen der Schwankungen im Jahr 1981 als eher zufällig anzusehen. Bei der Sicherung des Lebensbedarfes kam es zu einer Steigerung der Fälle um 17,6 Prozent, bei den Leistungen um 28,9 Prozent. Dies ist auf die Arbeitsmarktsituation und darauf zurückzuführen, daß die Arbeitsämter wegen des großen Andranges mit der Erledigung im Rückstand sind. Die finanziellen Hilfen werden für Strom, Miete, Gas, Heizkosten ausgegeben. Die Mehrausgaben bei der Flüchtlingshilfe sind auf erhöhte Kosten bei der Unterbringung zurückzuführen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es eine Aufgliederung gibt, wie viel für Heizkosten und erhöhten Wohnungsbedarf ausgegeben werden mußte, antwortete Stacher, daß eine Differenzierung zu aufwendig und kostenintensiv wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob mit den Budgetansätzen für das Jahr 1982 das Auslangen gefunden werden kann, antwortete Stacher: Nach den bisherigen Erfahrungen "ja", steigende Mieten könnten jedoch zu Budgetüberschreitungen führen. Das läßt sich erst im August abschätzen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von BR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie die Entsorgungsbetriebe Simmering den Anfall gefährlicher Chemikalien aus dem In- und Ausland bewältigen, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß hochbrisante und radioaktive Chemikalien nicht übernommen werden, während der andere Sondermüll fast ausschließlich verbrannt wird. Zur Reinigung der Rauchgase bestehen spezielle Einrichtungen. In einer chemisch-physikalischen Anlage werden zwischengelagerte Säuren und Laugen neutralisiert. Gifte, die nicht entsorgt werden können, werden an entsprechende Lagerstätten in die BRD weitergegeben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso es passieren konnte, daß die EBS in den letzten Tagen und Wochen giftige Chemikalien aus Salzburg übernommen hat, obwohl ihre Kapazität dazu nicht ausreichte, antwortete Stadtrat VELETA, daß nun bereits die Aufarbeitung des seinerzeitigen Lagers durchgeführt wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann mit der Beseitigung des Mißstandes (die EBS habe die Übersicht über die Gefährlichkeit der einzelnen Chemikalien verloren) zu rechnen sei, antwortete Stadtrat VELETA, daß Bürgermeister Gratz aufgrund von Zeitungsberichten eine Untersuchung angeordnet hat, ob eine Gefahr für das Grundwasser und die Gesundheit besteht; es besteht jedoch keine Gefährdung. Als zusätzliche Sicherungsmaßnahme wird jedoch ein Teil des Lagers umgelagert und ein Bereich des Grundstücks asphaltiert. Einer der ausgefallenen Verbrennungsöfen wird in den nächsten Wochen seinen Betrieb aufnehmen. Damit wird in verhältnismäßig kurzer Zeit das Lager aufgearbeitet werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Rosa HEINZ (SPÖ) nach den Schwerpunkten des Grundverkehrs im Jahre 1981, antwortete StR. VELETA, daß es vor allem für den Wohnbau, für Betriebsansiedlungen und für Einrichtungen der Infrastruktur Grundankäufe gegeben hat. Für die Wohnbebauung wurden 35.131 Quadratmeter Grund um 97,1 Millionen Schilling gekauft. Für Betriebe waren es 575.692 Quadratmeter Grundfläche um 76,9 Millionen und für die Infrastruktur betrug das angekaufte Areal 255.595 Quadratmeter im Wert von 317 Millionen Schilling. Außerdem wurden hunderte Verträge für Baureifmachung und Baubewilligungen abgeschlossen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob auch Grundverkäufe getätigt wurden, sagte Veleta, daß Grundstücke der Stadt Wien vor allem für Betriebsansiedlungen und für den Straßenbau verkauft wurden.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), in welchem Ausmaß die Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes im Rahmen der Gemeinde Wien und ihrer Betriebe und Unternehmungen berücksichtigt wurden, erklärte Stadtrat VELETA, daß die Bestimmungen des Konsumentenschutzes von der Stadt Wien eingehalten werden. Die behördliche Vollziehung des Konsumentenschutzgesetzes unterliegt allerdings zivilrechtlichen Normen. Bei häufigen Übertretungen von Konsumentenschutzbestimmungen können Unternehmungen mit Verwaltungsstrafen belegt werden.

Die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich der Unterausschuß für Konsumentenschutz auch mit Fragen der Vollziehung der Konsumentenschutzbestimmungen befassen wird, bejahte Stadtrat Veleta. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Unterausschuß auch ressortübergreifend tätig sein wird, sagte Veleta, daß der Unterausschuß zwar über alle Probleme diskutieren wird, die Entscheidungen liegen jedoch bei den zuständigen Geschäftsgruppen.  
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ), in welcher Form die Ergebnisse des Wettbewerbs Nordbahnhof in den künftigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan einfließen werden, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß es eine einvernehmliche Lösung zwischen dem Bauträger, dem Architekten des preisgekrönten Projektes und der Stadt Wien gibt. Das Ausmaß der Bebauung beträgt 1,2 Millionen Kubikmeter. Der Boulevardcharakter der Lasallestraße soll betont werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann die Vorlage für die Bebauung der Nordbahnhofgründe an den Gemeinderat ergehen wird, sagte WURZER, daß der Antrag im September oder Oktober 1982 vorliegen wird.

(Schluß) ba/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Wettbewerbe von der Geschäftsgruppe Stadtplanung derzeit abgehalten werden, wies Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER auf den Wettbewerb "Donaustadt 2000" hin, der einen wichtigen Teilbereich des 22. Bezirkes erfaßt. Dieser Wettbewerb zielt auf den Ausbau des Zentrums Kagran, auf die Verdichtung baulicher Nutzung im Zentrum des Bezirkes, auf die Schaffung tertiärer Arbeitsplätze, auf die Erhaltung des Erholungsgebietes um die Alte Donau und auf die Koordination des Verkehrsnetzes im Bezirk, wobei bei der Endstation der U 1 600 Abstellplätze für PKW geschaffen werden sollen. Im Rahmen dieses Wettbewerbes sind 31 Projekte eingereicht worden, deren Jurierung durch in- und ausländische Fachleute bis 2. April abgeschlossen sein wird. Ferner wird es in Zukunft verstärkt auch Wettbewerbe für kommunale Wohnbauten geben.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche weiteren Wettbewerbe vorbereitet werden, sagte Wurzer, daß in Kürze ein Wettbewerb bezüglich der Wientalquerung der U 6 und ein Wettbewerb bezüglich der Nutzung des Gebietes des alten AKH ausgeschrieben werden wird.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob bei den Wettbewerben jeweils mit der Realisierung der preisgekrönten Projekte zu rechnen sei, sagte Wurzer, "ja". (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wann die Ergebnisse der untersuchten Gebiete gemäß dem Stadterneuerungsgesetz dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt werden, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER, daß dies erst aufgrund der jeweiligen Entwürfe des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes und der Anträge aufgrund des Stadterneuerungsgesetzes möglich ist. Durch die zahlreichen Änderungswünsche, die insbesondere in den Stadterneuerungsgebieten Gumpendorf und Ulrichsberg von den Bezirksvertretungen eingebracht werden, konnten die diesbezüglichen Grundlagen noch nicht erstellt werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann dem Gemeinderat über die sechs Untersuchungsgebiete Detailinformationen vorliegen werden, sagte Wurzer, hier muß man eben auf die Beschlüsse der Bezirksvertretungen warten, die die Erstellung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ermöglichen. Für die Stadterneuerungsgebiete Storchengrund, Himmelpfortgrund, Meidling und Währing ist noch in diesem Jahr mit der Erstellung der Planungsunterlagen zu rechnen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den genauen Kosten und der Bedeckung der geplanten Stadterneuerungsvorhaben, sagte Wurzer, er kann diese Frage nicht beantworten, da dies in die Kompetenz von Stadtrat HATZL fällt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die ACHTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPö), ob die Nachfolgefirma von Eumig bei der Auftragserteilung für die Wiener U-Bahn benachteiligt wurde, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö) mit "Nein": Auch Eumig war zu der Ausschreibung für die Fernsehleinrichtungen eingeladen, das Angebot der Firma Grundig erwies sich jedoch eindeutig als besser.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von Gr. KNEISLER (SPö), ob seitens der Wiener Stadtwerke die Absicht besteht, die Gas- und Stromabrechnung auf monatliche Zahlungen umzustellen, antwortete Stadtrat Ing. Hofmann, daß sich die Direktion der E-Werke bereits seit einiger Zeit mit dieser Frage befaßt. Die Untersuchungen sind noch im Gange, ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Allerdings zeichnet sich bereits ab, daß eine solche Umstellung auf jeden Fall mit einer Reihe von Problemen, nicht zuletzt mit einem finanziellen Mehraufwand, verbunden wäre. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) nach dem aktuellen Stand der Verfahren betreffend die Rückforderung von unbegründet geleisteten Zahlungen im Zusammenhang mit dem Neubau des AKH verwies Stadtrat MAYR (SPÖ) darauf, daß zur Prüfung aller Schadenersatzansprüche eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der AKPE, des Bundes und der Stadt Wien eingesetzt wurde. Die Einleitung von zivilrechtlichen Verfahren vor strafrechtlichen Urteilen wäre nicht zweckmäßig. Gutachten bestätigten, daß ein pflichtwidriges Verhalten des Aufsichtsrates der AKPE nicht vorlag. Die AKPE hat sich dem Strafverfahren gegen Winter und andere angeschlossen. Nach den Urteilssprüchen wurden entsprechende Schritte unternommen.

Die APAK wurde aufgelöst, die Haftungsgrenzen wurden neu festgelegt. Mit den Architekten und verschiedenen Arbeitsgemeinschaften wurde in außergerichtlichen Verhandlungen zum Teil bereits Einigung erzielt. Zum Teil sind die Verhandlungen noch im Gang. Bis zum heutigen Tag wurden Schadenersatzansprüche von zusammen 59 Millionen Schilling geltend und einbringlich gemacht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie hoch der Schaden durch die ARGE-Stahlbau sei, antwortete Mayr, daß er diese Frage derzeit nicht beantworten kann. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es vertretbar ist, einen Vertrag mit der VOEST abzuschließen, da die VOEST auch bei der ARGE-Stahlbau vertreten war, antwortete Mayr, daß eine Empfehlung an den Gemeinderat erst dann möglich ist, wenn die Verhandlungen mit der VOEST abgeschlossen sind. (Forts.) ger/gg

NNNN



Notgemeinschaft Innenring dankte Gratz

=++++

11 #Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Der Vorstand der Notgemeinschaft Innenring kam Freitag vormittag zu Bürgermeister Leopold GRATZ, um ihm für die Unterbindung des Durchzugsverkehrs im Straßenzug Herrengasse-Augustinerstraße zu danken. #

Der Obmann der Notgemeinschaft Friedrich DEUTSCH unterstrich, daß die von Bürgermeister Gratz ins Rathaus einberufene Enquete den Weg zur Lösung der Problematik gewiesen habe. "Wir leben heute wie andere Menschen", sagte Deutsch, "und können uns gar nicht mehr vorstellen, in welcher Gifthölle wir damals leben mußten". Er versprach namens des Vorstandes, daß sich die Notgemeinschaft weiter für die Schönheit Wiens einsetzen wird und vertrat dabei auch die Forderung nach einem autofreien Heldenplatz.

Kammerschauspieler Alexander TROJAN erinnerte daran, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Bereich des Innenrings unerträglich waren: Kinder erkrankten an Asthma, Verkäufer litten unter ständigen Kopfschmerzen, die Öffnung eines Fensters war auch in der Nacht unmöglich.

Bürgermeister Leopold Gratz dankte der Notgemeinschaft für ihr Engagement. "Der Innenring ist ein Musterbeispiel dafür, wie aus einer Notsituation gemeinsam und schrittweise ein Ausweg gefunden werden kann", sagte Gratz.

Die Notgemeinschaft überreichte Gratz eine Urkunde, mit der er zum Ehrenmitglied ernannt wird, sowie einen alten Wiener Stich. Alexander Trojan las zur künstlerischen Umrahmung der kleinen Feier Texte von Stefan Zweig und Hans Weigel. Die Stadträte Dr. Helmut ZILK und Ing. Fritz HOFMANN unterstrichen die Entschlossenheit der Stadtverwaltung, im Sinne der Stadterneuerung weiter für die Lebensqualität im Stadtzentrum zu wirken. (Schluß) sti/bs

NNNN

Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung (1)

Utl.: Besserer finanzieller Ausgleich notwendig

=++++

12 #Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wiens Spitäler sichern zu einem beträchtlichen Teil Österreichs Spitalsversorgung: So hat Wien mit einer Gesamtbettenzahl von 19.249 oder 24,4 Prozent der österreichischen Betten den höchsten Anteil aller Bundesländer und dementsprechend im Vergleich mit den anderen Bundesländern auch die größten Belastungen zu tragen. Der Anteil der Nichtwiener-Patienten in den städtischen Spitälern beträgt zwischen 30 und 48 Prozent. Ein besserer finanzieller Ausgleich zwischen den Bundesländern sowie eine entsprechende Abgeltung des hohen und damit aufwendigen Ambulanzbetriebes im Rahmen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wäre daher unbedingt notwendig. Dies erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abend im Rahmen eines Pressegesprächs. Ein diesbezüglicher Bericht über die Situation der Wiener Spitäler wurde von Stacher Freitag in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vorgelegt. #

Zwtl.: Höchster Prozentsatz an Pflegetagen

Wiens Spitäler haben österreichweit mit 23,5 Prozent die höchste Quote an Pflegetagen aufzuweisen. Danach folgen die Steiermark mit 17,7 Prozent sowie Oberösterreich und Niederösterreich mit rund 16 Prozent. Mit 12,3 Betten auf tausend Einwohner liegt Wien am höchsten, gefolgt von Salzburg mit 11,8, der Steiermark mit 11,4 und Kärnten mit 10,6 Betten pro tausend Einwohner. Dieser Bedarf ist vor allem auf die Überalterung der Wiener Bevölkerung zurückzuführen. Was die Zahl der Akutbetten betrifft, so hält Salzburg mit 10 Betten pro tausend Einwohner die Spitze, gefolgt von Kärnten und dann erst von Wien mit 8,9 Betten/1.000 Einwohner. Mit 6,1 Akutbetten/1.000 Einwohner liegt Niederösterreich, mit 6,4 Betten/1.000 Einwohner das Burgenland viel niedriger. Die Ursache dafür ist vor allem, daß viele Niederösterreicher und Burgenländer in Wien behandelt werden.  
(Forts.) zi/gg

Wien sichert Österreichs Spitalversorgung (2)

Utl.: Höchste Ambulanzkosten

=++++

13 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) An erster Stelle stehen in allen Spitälern Österreichs die Personalkosten, wobei Wien mit 59,5 Prozent eher an der unteren Grenze liegt. Hingegen sind die Medikamentenkosten in Wien mit 6 Prozent bei einem österreichischen Durchschnitt von 5,3 Prozent relativ hoch. Große Bedeutung kommt der hohen Zahl von ambulanten Patienten in den Krankenhäusern zu. Wien hat dabei die größten Belastungen zu tragen: 15,9 Prozent der Gesamtkosten werden in Wien für die Ambulanzen ausgegeben, in Vorarlberg und Tirol vergleichsweise nur 10,1 bzw. 10,2 Prozent. Dementsprechend sind die stationären Kosten in Wien mit 76,8 Prozent relativ am geringsten und in Kärnten mit 90,1 Prozent am höchsten. Dem entsprachen 1979 auch die tatsächlichen Ausgaben von rund 1.245 Millionen für Ambulanzen und 6.017 Millionen Schilling für die stationäre Pflege.

Zwtl.: Verweildauer zurückgegangen

Die Verweildauer ist, wie Stadtrat Stacher erklärte, in den einzelnen Fächern verschieden stark zurückgegangen, und zwar im Durchschnitt von 14,9 auf 12,9 Tage. Im Vergleich dazu: In der Bundesrepublik Deutschland liegt sie bei 15,5 Tagen. Obwohl die Zahl der Betten von 1975 auf 1980 um rund 600 abgenommen hat, stieg die Zahl der Aufnahme von 200.439 auf 237.979. Die internen Abteilungen und die Psychiatrie (ohne Psychiatrisches Krankenhaus) weisen die höchste Auslastung mit 94,4 bzw. 95,4 Prozent auf, gefolgt von den chirurgischen Abteilungen mit 85,2 Prozent. Ein besonderes Problem bilden, wie Stacher ausführte, die in den internen Abteilungen liegenden Pflegefälle, wobei durch die Inbetriebnahme des Pflegeheimes im SMZ-Ost eine Entlastung zu erwarten ist. (Forts.)  
zi/bs

NNNN

Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung (3)

Utl.: Vergleich zwischen privaten und städtischen Spitälern

=++++

14 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Durchgeführte Vergleichsrechnungen zwischen privaten und städtischen Krankenanstalten haben laut Stacher unter anderem ergeben, daß private Spitäler mitunter aus Kostengründen Patienten länger im Krankenhaus liegen haben. So ergaben sich etwa bei den orthopädischen Anstalten Prozentsätze der sogenannten "Langlieger" (über 30 Tage Spitalsbehandlung) in den städtischen Spitälern zwischen 6,1 und 18,7, in den nichtstädtischen zwischen 30,1 und 36,6 Prozent.

Zwtl.: Kostenvergleich Wien - Bundesländer

Ein Vergleich zwischen Wien und den Bundesländern ergab wesentlich höhere Auslastungsquoten für die Wiener Spitäler. Die Zahl der Belagstage ist von 1979 auf 1980 in Wien gestiegen, in den Bundesländer-Spitälern hingegen zurückgegangen. Die stationären Kosten pro Belagstag betragen in Wien 1.571 und in den Bundesländern 1.500 Schilling.

Zwtl.: Kein kostendeckender Ersatz

Der Gesundheitsstadtrat wies im Rahmen seines Berichtes darauf hin, daß die Nichtwiener Patienten vorwiegend in den kostenintensiven Fächern behandelt werden und der Wiener Bevölkerung pro Jahr etwa 500 Millionen Schilling kosten. So belaufen sich die Kosten für gewisse Ersatzstücke, Herzschrittmacher, orthopädische Operationen, Herzklappenoperationen usw. zwischen 5.000 und 160.000 Schilling. Derzeit werden die Kosten jedoch nicht extra abgegolten, als Ersatz steht lediglich die Pflegegebühr zur Verfügung. Ähnlich verhält es sich auch bei den ambulanten Behandlungen, wo beispielsweise 1981 in Wien 693 Schilling für eine Dialyse vergütet, in Vorarlberg hingegen 3.585 Schilling bezahlt wurden. Egal ob ein Herzschrittmacher um 50.000 implantiert oder eine Operation um 150.000 Schilling durchgeführt wird, der Wiener Spitalerhalter bekommt lediglich 698 Schilling für diesen Tag refundiert. (Forts.) zi/bs

Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung (4)

Utl.: Einzige Zentralversorgung im Osten Österreichs

=++++

15 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Kritik übte der Gesundheitsstadtrat auch an der derzeitigen Krankenanstalten-Typisierung. So hat Wien 23,4 Prozent der Betten Österreichs in die Zentralversorgung eingereiht. Oberösterreich, das tatsächlich über kein Zentralkrankenhaus im Sinne des Krankenanstaltengesetzes verfügt, hat 27 Prozent der Betten in der Zentralversorgung eingestuft. Niederösterreich und Burgenland hingegen verfügen über keinerlei Zentralkrankenhäuser. In die Schwerpunktversorgung sind Wien mit 36,1 Prozent, Oberösterreich mit 17,9 Prozent und Niederösterreich mit 21,9 Prozent der Betten eingereiht, wobei dies allerdings, wie der Stadtrat betonte, nicht der Realität entspricht.

Zwtl.: Forderungen und notwendige Maßnahmen

Als notwendige Maßnahmen nannte Univ.-Prof. Dr. Stacher unter anderem den Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost, um die regionale Versorgung der Wiener Bevölkerung sicherzustellen, und gleichzeitig damit eine Verminderung der Akutbettenzahl im Westen Wiens. Schaffung von Langzeitabteilungen, weitere Vermehrung von internistischen und Pflegebetten sowie eine weitere Aufstockung des Pflegepersonals. Neben der Abgeltung des tatsächlichen klinischen Mehraufwandes für das Wiener Allgemeine Krankenhaus nannte der Stadtrat einen besseren finanziellen Ausgleich zwischen den Bundesländern sowie eine entsprechende Abgeltung des hohen und damit aufwendigen Ambulanzbetriebes im Rahmen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und die Abgeltung für Sonderleistungen, Implantate und Körperersatzteile als unbedingte Notwendigkeiten. (Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Spitalsbericht

=++++

16 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) meldete sich nach der Fragestunde mit einer Mitteilung an den Gemeinderat über die Situation der Wiener Spitäler zu Wort. (siehe gesonderte RK)

Zwtl.: Stadterneuerungsbericht

"Die Vorlage eines Tätigkeitsberichtes zur Stadterneuerung mit Stand Ende 1980 erfolgt in dieser umfassenden Form zum erstenmal im Wiener Gemeinderat", sagte Wohnungsstadtrat Hatzl in seiner Mitteilung einleitend. Bürgermeister GRATZ hat den Magistrat beauftragt, die Stadterneuerung als Großprojekt der vielen kleinen Schritte zu behandeln. Die Stadterneuerung hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem wichtigen Schwerpunkt entwickelt. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Kampagne, sondern um einen andauernden Vorrang der Anpassung städtischer Strukturen.

"Verbesserung von Wohnverhältnissen, Schaffung von neuen Grünanlagen und leistungsfähigen Versorgungseinrichtungen, wie neue Schulen, Kindergärten, Pensionistenheime, Jugendzentren, und die Erneuerung und Neugestaltung von kulturellen und sozialen Institutionen, weiters die Reaktivierung der Wohnumwelt durch wirtschaftliche Bewegung, die Verbesserung der Infrastruktur und die Verbesserung der Verkehrsorganisation" bezeichnete HATZL als jene Aufgaben, die im Bereich der Stadterneuerung zu bewältigen sind. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadterneuerungsbericht

=++++

17 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) HATZL unterstrich, daß die Stadterneuerung gemeinsam mit den Bürgern dieser Stadt erfolgen muß. Man muß darunter mehr verstehen als die Verbesserung von Wohnungen oder die Neubautätigkeit. Stadterneuerung ist die Gesamtsumme aller Aktivitäten, die über weite Teile der Stadt verstreut sind.

Noch immer stammt die Hälfte der rund 800.000 Wohnungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, eine hohe Anzahl ist klein und schlecht ausgestattet. Dennoch hat sich die Wohnungsstruktur deutlich verändert. Im März 1979 waren 27,5 Prozent, ein Jahr später 33 Prozent mit Wasser, Zentralheizung, Bad und WC ausgestattet. Zehn Jahre früher waren es erst 8 Prozent. Die meisten der schlecht ausgestatteten Wohnungen befinden sich im dichtbebauten Stadtgebiet.

Es ist daher erforderlich auch Wohnungen in grüner Umgebung zu errichten. Einen besonders hohen Anteil an sanierungsbedürftigen Wohnungen gibt es im 5., 15., 16., 17., 18., 19., 10., 12. und 20. Bezirk. HATZL verwies auf die Leistungen zur Instandsetzung städtischer und privater Wohnhäuser und Wohnungen. Die große Wohnungsverbesserung und der geförderte Wohnbau liegen schwerpunktmäßig im dichtbebauten Stadtgebiet. Nur 16 Prozent sind der Stadterweiterung zuzuordnen.

"Wir sind daher weit über jenen Prozentsätzen, die von den Oppositionsrednern oftmals als politische Forderung erhoben werden", sagte HATZL. Die Debatte über die Mitteilungen von StR. Stacher und von StR. Hatzl erfolgt vor Schluß der Gemeinderatssitzung. (Forts.)

and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

18 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Von der ÖVP wurde eine DRINGLICHE ANFRAGE an Stadtrat VELETA (SPÖ) betreffend den aktuellen Stand bei der Rinter AG, der Giftmüllverwertung - EBS und der Kunststoffrückgewinnungs-GesmbH. eingebracht. Die Debatte darüber erfolgt vor Schluß der öffentlichen Sitzung.

Ferner brachte die ÖVP ANTRÄGE betreffend der Nutzung der Gebäude Landstraßer Hauptstraße 68 und 70 für Wohnzwecke, betreffend der Schaffung von Amtstiteln für die Rathauswache, betreffend den Ausbau des Alberner Hafens mit einem sofortigen Rodungsstop, betreffend die Freihaltung des Stadtbildes von störenden Werbeständern, betreffend die Aufstellung von Tafeln für nichtkommerzielle Ankündigung in den Bezirken, betreffend eine Sonderausstellung Technik- und Industriekultur des 19. und 20. Jahrhunderts und betreffend die Änderung des Aufteilungsschlüssels zwischen Verbundgesellschaft und Stadt Wien bei der Wiener Stromversorgung ein. Die FPÖ brachte ANTRÄGE für generelle Maßnahmen für ein Beschleunigungsprogramm der Wiener Straßenbahnen und die Erarbeitung von Grundlagen für eine umfassende Stadterneuerung ein. Diese Anträge wurden ebenso wie ZEHN SCHRIFTLICHE ANFRAGEN der ÖVP und NEUN der FPÖ den entsprechenden Ausschüssen zugewiesen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Kultursubvention

=++++

19 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beantragte eine Subvention in der Höhe von drei Millionen Schilling für den Verein zur Schaffung offener Kultur- und Werkstättenhäuser.

GR. STRANGL (SPÖ) betonte die Wichtigkeit derartiger Zentren für die heutige Kulturszene. Die Förderung der Kultur muß die Bezirkskultur miteinbeziehen und Möglichkeiten zur Selbstgestaltung geben. Die Stadt Wien beschreitet diesen Weg auch beim Zentrum Petersplatz, beim Simmeringer Rockhaus, bei den Jugendzentren und bei den autonomen Jugendhäusern der Stadt Wien. Derartige Kulturinitiativen müssen auch gegen die oft negative Haltung der ÖVP durchgesetzt werden, um die Vielfalt von Eigeninitiativen und das Klima kultureller Freiheit und Toleranz zu erhalten. (Forts.) gab/bs



Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kultursubvention

=++++

21 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Als "ideologische Kniebeugen" bezeichnete GR. Mag. KAUER (ÖVP) den Debattenbeitrag seines Vorredners. Die ÖVP wird dem Antrag jedoch zustimmen. Über die Subvention in der Höhe von 3 Millionen Schilling muß jedoch genau Rechnung gelegt werden. Im TGM ist ein großer Schaden entstanden, weil das Bautenministerium alle Leitungen aus den Wänden gerissen hat.

In ihrem Schlußwort als Berichterstatter, sagte GR. Hildegard WONDRAK (SPÖ), daß die ÖVP erfreulicherweise von ihren Gewohnheiten abgehe und der Subvention zustimmt. Vom Bautenministerium ist eine Wiedergutmachung des Schadens zugesagt worden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Subvention Kunstverein

=++++

22 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Für den Kunstverein beantragte GR. WINDHAB (SPÖ) zwei Subventionen: 7 Millionen sollen dem Verein für die Durchführung seiner kulturellen Tätigkeiten zufließen, 730.000 Schilling sollen für den Betrieb der Artothek für das Jahr 1982 bewilligt werden. GR. Mag. KAUER erklärte, daß die ÖVP dieser Subvention nicht zustimmen wird, weil es fraglich ist, ob der Kunstverein auch sorgsam mit den Steuergeldern umgeht. 1981 wurden dem Kunstverein für seine Tätigkeit 21 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Es fehlt eine detaillierte Abrechnung, was mit diesem Geld geschehen ist. Der Kunstverein habe zweifelsohne viel Positives geleistet. Dennoch entsteht der Eindruck, daß es bei Geldausgaben nicht immer mit der rechten Sorgfalt zugeht. (Forts.)  
ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Subvention Kunstverein

=++++

23 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, eine Schätzung des Wertes aller künstlerischen Objekte vornehmen zu lassen, die seit 1945 von der Stadt Wien angekauft wurden. Die Grundüberlegung, die zur Einrichtung der Artothek geführt hat, nämlich diesen Kunstschatz der Öffentlichkeit besser nutzbar zu machen, ist positiv. Mauthe meldete aber Bedenken hinsichtlich der Verleihtätigkeit der Artothek an. 730.000 Schilling für 624 Leihnehmer - das ist zu teuer. Mauthe stellte den ANTRAG, in Zukunft die Möglichkeit zu schaffen, daß Bilder, die von der Stadt Wien angekauft wurden, nach einer bestimmten Zeit von privaten Interessenten gekauft werden können. Die Erlöse sollten für Förderungsankäufe von Werken junger Künstler verwendet werden.

GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) begrüßte den Vorschlag, den Schätzwert der von der Stadt Wien angekauften Kunstwerke zu ermitteln. Der Kunstverein gehört zu den bestkontrollierten Einrichtungen, er wurde auch vom Kontrollamt überprüft und in Ordnung befunden. Sonderprojekte werden außerhalb der normalen Abrechnung des Kunstvereins direkt abgerechnet. Ein Vergleich von drei Jahren zeigt, daß die Teilnehmerzahlen enorm gestiegen sind. Die Umlegung der Gesamtkosten der Artothek auf die Zahl der Verleihungen ist nicht sinnvoll, da sich die Artothek von einer bloßen Bildverleihanstalt zu einer echten Galerie entwickelt hat, die auch von Interessenten ohne Leihabsicht besucht wird.

GR. WINDHAB (SPÖ) wies in seinem Schlußwort als Berichterstatter ebenfalls auf die genaue Überprüfung des Kunstvereines durch das Kontrollamt hin und stellte fest, daß der Kunstverein auch noch nicht arrivierten Künstlern eine Plattform bietet.

ABSTIMMUNG: Die Subvention für den Kunstverein, für seine Aktivitäten im Jahr 1982 wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ, die Subvention für den Betrieb der Artothek einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Aufzugseinbauten

=++++

24 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPö) stellte den Antrag zum Einbau von neun Personenaufzügen in der städtischen Wohnhausanlage 2, Wehlistraße 131 - 143 mit einem Gesamtaufwand von 10,980.000 Schilling.

GR. Rosa HEINZ (SPö) hob hervor, daß in der heutigen Gemeinderatssitzung der nachträgliche Einbau von 135 Aufzugsanlagen in städtischen Wohnhausanlagen zur Beschlußfassung vorliegt. Der dafür notwendige Aufwand beträgt 165 Millionen. Dieser Einbau von Aufzugsanlagen bedeutet eine echte Verbesserung der Wohnqualität in den städtischen Altbauen. Besonders alten und behinderten Mitbürgern bringt das eine erhöhte Mobilität und persönliche Unabhängigkeit. Außerdem ist dies auch ein Beitrag zur Stadterneuerung und die dafür benötigten Investitionen hätten eine positive Auswirkung auf den Arbeitsmarkt.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) gab namens seiner Fraktion die Zustimmung zum Aufzugseinbau, bedauerte aber, daß für private Wohnhäuser keine derartigen Möglichkeiten vorgesehen sind. Aus den Erhaltungsbeiträgen nach dem neuen Mietengesetz könnten Liftanlagen nicht finanziert werden. Damit sind die Mieter in Privathäusern benachteiligt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Aufzugseinbauten

=++++

25 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) erklärte zu den Ausführungen von GR. PETRIK, das Mietrechtsgesetz sieht sehr wohl Aufzugseinbauten vor. Die ÖVP stimmte gegen das Mietrechtsgesetz ebenso wie gegen das Gesetz für die Erhaltung und Renovierung des erhaltenswerten Althausbestandes.

GR. PETRIK stellte zu den Ausführungen seines Vorredners fest, er habe nicht behauptet, der Aufzugseinbau sei nicht möglich, sondern die Finanzierung, und er habe auch nur gesagt, die Stadt Wien genieße Vorteile gegenüber Privaten.

In ihrem SCHLUSSWORT sagte GR. Eveline ANDRLIK, durch die Verbesserung der Wohnqualität können die Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig ANGENOMMEN. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Pachtvertrag Cobenzl

=++++

26 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HALA (SPÖ) beantragte die Zustimmung zum Abschluß eines Pachtvertrages über die städtische Liegenschaft auf dem Cobenzl.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) kritisierte, der vorgelegte Vertrag ist ein Vertragstorso, da wichtige Bestandteile, wie ein Konzept des gesamten Bauvorhabens und Einreichpläne, fehlen. Man kann daher keinen Blankoscheck bei diesen gravierenden Mängeln ausstellen. Goller verwies auf eine deutliche Diskrepanz zwischen den Kostenschätzungen des neuen Pächters und jenen der zuständigen städtischen Fachabteilung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Pächters ist zu bezweifeln. Nach Goller sollte ein seriöser Antrag für einen Vertrag mit einem wirtschaftlich potenten Pächter vorgelegt werden.

Der Antrag bietet die Möglichkeit für eine Revitalisierung des Cobenzl, sagte GR. HOFSTÄTTER (SPÖ). Die ÖVP ist nicht bereit, konstruktiv an der Lösung der Probleme mitzuwirken. Das Risiko der Stadt Wien ist sehr gering, die gesamten Investitionen trägt der Pächter, der eine beträchtliche Bankgarantie für die termingemäße Fertigstellung bieten muß. Für den Ablauf der Instandsetzung beziehungsweise Fertigstellung der Arbeiten enthält der Vertrag Bestimmungen. Es darf dort nur ein Kaffee-Restaurant, aber kein Beherbergungsbetrieb entstehen, das ist notwendig für die Einhaltung der Bestimmungen über den Wald- und Wiesengürtel. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Pachtvertrag Cobenzl

=++++

27 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Im zuständigen Gemeinderatsausschuß habe es zwar eine einstimmige Beschlußfassung über den Cobenzl gegeben, doch war dort der Akt nicht einmal vollständig vorhanden, sagte Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP). Der Vertrag mit dem neuen Pächter enthalte grobe Vertragsmängel und müsse zwangsläufig zu Lasten des Pächters ausgehen.

Stadtrat HATZL (SPÖ) meinte, daß es für den Gemeinderat unwürdig sei, einen Privatunternehmer als armen, hilflosen Menschen darzustellen. Die Stadt Wien hat eine Lösung gefunden, ein gewisses Unternehmerrisiko gibt es bei jedem Geschäft. Die ÖVP sei deswegen verärgert, weil ihre Argumentation einer Ruinenpolitik durch Tatsachen zusammenbricht.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Flächenwidmung - 10. Bezirk

=++++

28 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Favoritenstraße, Alaudagasse, Ada Christen-Gasse und Franz-Koci-Straße im 10. Bezirk beantragte GR. BROSCHE (SPÖ).

GR. ARTHOLD (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP der Flächenwidmungsänderung nicht zustimmen wird. Arthold begründete die Ablehnung seiner Partei damit, daß der Konsum durch die Flächenwidmungsänderung seine Verkaufsflächen verdoppelt und damit zur untragbaren wirtschaftlichen Konkurrenz für die kleinen Geschäfte in dieser Gegend wird. Außerdem soll eine Grünfläche als Parkplatz umgestaltet werden. Eine Aufzoning würde das städtebauliche Bild zerstören, meinte Arthold. In der Bezirksvertretung Favoriten sei zwar ein einstimmiger Beschluß für die Flächenwidmung gefaßt worden, doch wurden von den Bezirksräten die wirtschaftlichen Folgen offensichtlich nicht bedacht. (Forts.)  
ba/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Flächenwidmung - 10. Bezirk

=++++

29 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SVOBODA (SPÖ) wies darauf hin, daß die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vor allem der besseren Versorgung der Bevölkerung in der Per-Albin-Hannsson-Siedlung dient. Es entspricht dies auch dem Stadtentwicklungsplan, der mehr Aufmerksamkeit für periphere Zentren, und damit mehr Eigenständigkeit und Lebensqualität für die Bevölkerung der Randgebiete fordert. Im Fall der Per-Albin-Hannsson-Siedlung ist auch ein Bevölkerungszuwachs und damit eine erhöhte Kaufkraft zu verzeichnen. Die Verbesserung der Nahversorgung wird von der Bevölkerung gewünscht, aber in der ÖVP ist man scheinbar dagegen, weil es der Konsum ist, der diese verbesserte Versorgung gewährleisten soll. Besonders bemerkenswert ist, daß die ÖVP nun dagegen ist, obwohl die Bezirksvertretung einstimmig für die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes gestimmt hat. Es geht der ÖVP anscheinend nur darum, bestimmte Interessen zu vertreten, jedoch nicht um die Wohnbevölkerung und deren berechnete Wünsche.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Amerlinghaus

=++++

30 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beantragte, dem Verein Kulturzentrum Spittelberg zur Führung des Kommunikationszentrums Amerlinghaus eine Subvention bis zur Höhe von 2,070.000 Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Bittner sagte, die ÖVP ist nicht generell gegen derartige Zentren. Die Streitfrage ist nur, in welcher Weise und mit welchem Aufwand sie zu führen sind. Beim Amerlinghaus ist jedoch keine Tendenz zu Eigenleistungen und Eigeninitiative zu sehen, wie sie von der ÖVP immer wieder gefordert wird. Daher kann die ÖVP diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. WONDRATSCH sagte im Schlußwort, daß das Amerlinghaus mit seiner Arbeit genau jene Forderungen erfüllt, die Vizebürgermeister Dr. BUSEK in seiner Rede in Bezug auf Jugendfragen immer wieder erhebt. Es ist ein Forum der Kommunikation nicht nur für Jugendliche, sondern für Jung und Alt. Das Amerlinghaus hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt und ist bereits ein stabilisierender Faktor in der alternativen Jugendszene. Die ÖVP ist jedoch dagegen, weil sie sich eben gegen jede Form derartiger Kulturarbeit stellt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.)  
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

31 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) begründete den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, der mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen wurde.

Die Spitalskostendiskussion in der Öffentlichkeit wurde in den letzten Wochen vor allem durch die Frage der Kostenbeteiligung Niederösterreichs am Sozialmedizinischen Zentrum Ost ausgelöst, sagte GR. HIRNSCHALL (FPÖ). In dem Vertrag war auf eine Indexklausel verzichtet worden, weil beide Vertragspartner mit einem unmittelbar bevorstehenden Baubeginn rechneten. Die Verantwortung für die Verzögerung liegt eindeutig bei der Stadt Wien. Der Vertrag - Niederösterreich bezahlt nur 85 Millionen für 200 Betten - ist extrem ungünstig für Wien. Von einer Sittenwidrigkeit (von der Stadtrat Mayr spricht) kann allerdings keine Rede sein, sondern lediglich von einer Ungeschicklichkeit der Stadt Wien. Überdies wurde auch auf eine Regelung der Betriebskosten vergessen, woraus sich weitere Belastungen ergeben werden.

Die Spitalskosten werden weiterhin überproportional steigen. Im Rahmen des Finanzausgleiches sollen bestimmte Bundesabgaben für einen zentralen Krankenhausfonds gewidmet werden. Darüber hinaus muß es auch einen regionalen Ausgleich der Spitalskosten geben. Er könne sich vorstellen, sagte HIRNSCHALL, daß jedes Bundesland für seine Bürger, die in auswärtigen Spitälern behandelt werden, dem Spitalserhalter einen Kostenersatz zu leisten hat. Es sei untragbar, daß der Spitalserhalter allein die Differenz zwischen dem von den Krankenkassen geleisteten Kostenersatz (nicht einmal 50 Prozent) und den tatsächlichen Kosten trägt. Auch eine gerechte Abgeltung des klinischen Mehraufwandes beim AKH sei notwendig. Nicht vergessen dürfe man allerdings die primäre Verpflichtung der Sozialversicherungsträger zum Ersatz der Spitalskosten. (Forts.)  
ger/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

32 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) bezeichnete die Mitteilung von Gesundheitsstadtrat STACHER als aktuell, brisant und bedeutungsvoll. Daher könne die ÖVP die Art, wie er die Diskussion eröffne, nicht akzeptieren. Der Gesundheitsstadtrat hätte die Möglichkeit gehabt, diesen Bericht den Gemeinderäten früher zuzustellen. "Durch Formalismus können die Rechte von Minderheiten beschränkt werden", sagte Schlick. "Dadurch wird Zusammenarbeit nicht gefördert, ein derartiges Vorgehen ist undemokratisch."

Das vorgelegte Papier solle offensichtlich dazu dienen, den Finanzstadtrat dabei zu unterstützen, das marode Wiener Budget durch Bund und Länder zu sanieren. Er zeige außerdem, daß in Wien der Budgetplafond erreicht sei.

GR. Dr. SCHLICK brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, nach dem der Bürgermeister aufgefordert wird, umgehend eine Sitzung des Wiener Gemeinderates für eine ausführliche Debatte und Beschlußfassung über die Situation der Wiener Spitäler und die weitere Vorgangsweise beim Neubau des AKH, einzuberufen.

Unmittelbar nach der Rede verließ die ÖVP-Fraktion demonstrativ den Sitzungssaal. Nur GR. Dr. Schlick blieb im Saal. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

33 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) zeigte sich erstaunt über die Haltung seiner Vorrednerin. Es sei nicht undemokratisch, daß ein Stadtrat, sobald er Unterlagen gesammelt habe, so schnell wie möglich den Wiener Gemeinderat verständige. Der Bericht sei nicht polemisch, er sei eine sachliche Darstellung.

"Daß die ÖVP-Fraktion den Sitzungssaal verlassen hat", sagte Dinhof "kann ich nicht verstehen. Wir sind froh über diese Information". Der Bericht enthalte ein Problem, das alle Gemeinderäte interessiere. Die ÖVP sei an einer sachlichen Diskussion scheinbar nicht interessiert, dies zeige sich durch den demonstrativen Auszug. Den Vorwurf, daß sich der Finanzstadtrat ums Budget kümmere, wenn es Finanzierungsprobleme gebe, wies Dinhof zurück. Es sei seine Aufgabe und seine Verpflichtung.

Zum Debattenbeitrag von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), daß der Vertrag zum Bau des SMZ-Ost zwischen Wien und Niederösterreich sittenwidrig sei meinte Dinhof, wenn etwas, das mehr als eine Milliarde Schilling koste, mit 85 Millionen abgespeist werde, dann sei dies nach seiner Meinung "sittenwidrig". Zur Deckung der Spitalskosten müsse auch die Sozialversicherung stärker herangezogen werden. GR. Dinhof gab bekannt, daß die Wiener Gebietskrankenkasse mit Stichtag 1.1.1982 der Stadt Wien 492 Millionen Schilling schuldig sei. Das sei ein zinsfreier Kredit in Millionenhöhe. Die Situation, daß in Wien die teuersten Patienten Österreichs behandelt werden sei verständlich, aber daß der Wiener Steuerzahler dies bezahlen müsse, das sei nicht verständlich. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

34 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, nach dem der amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik ersucht wird, in Verhandlungen mit dem Bund, den anderen Bundesländern sowie den Trägern der Krankenanstalten mit dem Ziel einzutreten, eine Vergütung der Differenz zwischen amtlicher Pflegegebühr, Zuschuß durch den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und den tatsächlichen Kosten bei Patienten, die ihren Wohnsitz nicht in Wien haben, herbeizuführen. (Forts.) fk/gg

Gemeinderat: 96 Geschäftsstücke ohne Debatte beschlossen  
Utl.: Einstimmige Beschlüsse über Wohnhausbau, Subventionen,  
Grundstücksankäufe und öffentliche Beleuchtung

=++++

35 #Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt lagen dem Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Freitag 103 Geschäftsstücke vor, von denen 96 ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. So wurde der Bau einer neuen städtischen Wohnhausanlage mit 27 Wohnungen im 23. Bezirk, Erlaaer Straße 11 - 15, mit einem Kostenaufwand von 23,1 Millionen Schilling beschlossen. Für die Instandsetzung beziehungsweise den Neubau von Einrichtungen der öffentlichen Beleuchtung wurden 66 Millionen Schilling genehmigt. Im Rahmen der Förderungsaktion für den Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke wurden Baukostenzuschüsse in der Höhe von 1,2 Millionen bewilligt. Ohne Debatte wurde auch die Umgestaltung des Rooseveltplatzes mit Kosten von 5,2 Millionen beschlossen. #

Zahlreiche einstimmig genehmigte Anträge hatten Subventionen für kulturelle Aktivitäten sowie für karitative und sportliche Organisationen zum Inhalt. So wurden beispielsweise Subventionen für das Festival "Ex Tempore 82" (ein internationales Improvisationsmeeting), für die AGORA 82 im Burggarten, für Konzerte, Ausstellungen und Publikationen gewährt. Für die Förderung kultureller Aktivitäten in den Bezirken steht 1982 ein Rahmenbetrag von 4,3 Millionen zur Verfügung.

Für die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage 21, Ostmarkgasse 48, wurden 3,5 Millionen zur Verfügung gestellt. Weiters beschloß der Gemeinderat am Freitag mehrere Liegenschaftsankäufe sowie Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. (Schluß) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

36 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn in der Öffentlichkeit über Krankenanstalten gesprochen wird, dann nicht über die Leistungen, sondern über die Kosten, sagte GR. LACINA (SPÖ). Einnahmen von 5,2 Milliarden stehen Ausgaben von fast 10 Milliarden gegenüber. Die Frage der Spitalsfinanzierung ist ein internationales Problem. Die steigenden Kosten führte Lacina auf den technischen Fortschritt, die besondere Personalintensität, die Arznei- und Verbrauchsmaterialaufwendungen und die Ausweitung des Ambulanzbetriebes vor allem in Wien zurück.

Bei einer Kritik an der Kostenentwicklung der Krankenanstalten muß man überlegen, ob man will, daß den Mitbürgern der Fortschritt zugute kommt oder ob man darauf verzichtet. Das ist keine Frage der Rentabilität. Der Mangel an Personal macht es derzeit unmöglich, alle Betten zu belegen. Lacina verwies auf die beträchtlichen Anstrengungen für die Personalausbildung und die Personalwerbung und unterstrich die starke Zunahme der Zahl von Personalwohnungen. Während die Zahl der Pflegetage erhöht wurde, ist die Verweildauer in den Spitälern zurückgegangen. Die Ambulanztätigkeit gewinnt immer mehr an Bedeutung. Zahlreiche Patienten aus anderen Bundesländern erhalten in Wien eine kostenintensive Behandlung. Lacina forderte abschließend eine stärkere Leistungsabgeltung durch die anderen Bundesländer. (Forts.) and/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

37 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.Prof. Dr. STACHER (SPÖ) stellte fest, daß im Saal außer GR. Dr. SCHLICK (ÖVP) nur Mitglieder der SPÖ- und der FPÖ-Fraktion anwesend sind. Er sagte, im Gemeinderat sollte nur ein sachlicher Bericht vorgelegt werden, ohne damit eine Forderung nach einem Beschluß zu verbinden. Die ÖVP fordert immer wieder Information, aber aus diesem Bericht läßt sich kein Skandal machen. "Das finde ich für das Demokratieverständnis beschämend", sagte Stacher. Die demokratischen Rechte der Gemeinderäte bestehen unter anderem darin, daß sie sachlich informiert werden und entweder sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen, aber nicht darin, bei einem objektiven Bericht den Saal zu verlassen.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. HIRNSCHALL sagte STACHER, daß er die Unterlagen in der letzten Woche vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds erhalten hat und sie möglichst schnell vorlegen wollte. Hinsichtlich des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost führte Stacher aus, daß es nicht sinnvoll ist, einfach 200 Betten nur dort für niederösterreichische Patienten zu schaffen, während je nach Einzelfall vielleicht in einer anderen Wiener Krankenanstalt eine bessere Betreuung möglich wäre. Dieser Bericht war kein Machtmittel, sondern ein sachlicher Beitrag. Die Vorgangswiese der ÖVP trägt nicht zur Klimaverbesserung bei. Steigende Zahlen bei den Sozialdiensten als Wachstumsfetischismus zu bezeichnen, ist Polemik. "Wir werden dafür sorgen, daß die Wienerinnen und Wiener und auch die Patienten aus den anderen Bundesländern, welche Hilfe brauchen, in Wien die gesundheitliche und soziale Betreuung finden", sagte Stacher abschließend. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

38 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) kritisierte, daß der Gemeinderat nicht zuerst über den Spitalsbericht informiert wurde, sondern daß am Vortag bereits eine Pressekonferenz stattfand. Den Vorwurf, die Budgetsituation Niederösterreichs verbessern zu wollen, wies Schlick zurück. Sie habe der Verfassung nach einen Eid nicht nur auf Wien, sondern auf ganz Österreich geschworen. Der ÖVP sei der Spitalsbericht so wichtig, daß sie eine eigene Gemeinderatssondersitzung beantragte. Der Wachstumsfetischismus im sozialen Bereich sei nicht nur von ihr, sondern auch von der Sozialistischen Jugend kritisiert worden, sagte Schlick.

GR. DINHOF (SPÖ) wies darauf hin, daß bereits öfter Berichte von Stadträten, die dem Gemeinderat vorgelegt werden sollten, ein paar Tage vorher in den Medien gestanden sind. Zumeist waren es nur Teile aus dem Stadtratsbericht, noch dazu aus dem Zusammenhang gerissen. Die ÖVP habe in dieser Sitzung jedenfalls die Gelegenheit zur Diskussion absichtlich verabsäumt.

Stadtrat MAYR vertrat die Ansicht, daß sich jeder Gemeinderat, welcher Fraktion er auch immer angehöre, in erster Linie für die Interessen seiner Stadt oder seines Bezirkes einsetzen soll. So wie dies beispielsweise ein sozialistischer Landesrat in Niederösterreich zu Fragen der Spitalsfinanzierung getan habe. Die Wiener ÖVP wendet sich jedoch ständig gegen das wirtschaftliche Interesse Wiens. Diese negative Haltung zu Wien und zur Demokratie soll den Wienerinnen und Wienern klargemacht werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der ÖVP auf Einberufung einer Sondersitzung wurde einstimmig angenommen, der Antrag der SPÖ zur Spitalsfinanzierung von Nicht-Wiener Patienten wurde ebenfalls einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

39 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) stellte den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat HATZL (SPÖ) zum Stadterneuerungsbericht. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

GR. KUCHAR (FPÖ) sagte, daß der Bericht durch eine zu weite Auslegung des Begriffes Stadterneuerung gekennzeichnet ist. Man kann unter Stadterneuerung nicht alles subsummieren, was in einer Stadt geleistet wird. Der Hintergrund dieser zu weiten Auslegung dürfte jedoch - so Kuchar - darin zu suchen sein, daß die tatsächlichen Mittel für die Stadterneuerung eher bescheiden sind. Jahrzehntlang wurde die Notwendigkeit der Stadterneuerung in Wien nicht erkannt. Nun ist zwar sicher ein Umdenken zu verzeichnen. Was jedoch fehlt, ist ein Zielplan, der aussagt, was zu erhalten ist, was neu zu bauen ist, und was die gesamte Stadterneuerung kostet. Dreieinhalb Jahrzehnte wurde auf diesem Gebiet nichts getan, ein verfehltes Mietrecht sorgte zusätzlich für den schlechten Zustand der Wiener Althaussubstanz. Die Stadterneuerung wird nun sowohl vom einzelnen Bürger, wie auch von der Öffentlichkeit enorme Mittel zur Instandhaltung und Verbesserung des Althausbestandes erfordern. Viele Mitbürger werden finanziell überfordert sein und daher der Hilfe der öffentlichen Hand bedürfen. Insgesamt kann die Stadterneuerung als umfassende Aufgabe für alle und als größte kommunalpolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte angesehen werden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

40 wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte, daß die Mitteilung von Stadtrat HATZL der Opposition erst gestern übergeben wurde. Die ÖVP wird sich daher an der Debatte nicht beteiligen. Dr. Petrik stellte den ANTRAG, für die Diskussion von Stadterneuerungsfragen eine eigene Gemeinderatssitzung einzuberufen.

Nach dieser Wortmeldung verließen die ÖVP-Gemeinderäte den Saal, nur Dr. Petrik blieb.

GR. LUSTIG (SPÖ) bedauerte das "undemokratische Verhalten" der ÖVP. Die ÖVP hat am Bericht von Stadtrat Hatzl offenbar nichts zu kritisieren und greift nun zu solchen Mitteln, um sich in Szene setzen zu können.

Im Jahr 1982 werden mehr als 11 Milliarden für die Stadterneuerung in Wien ausgegeben. Allein die Gelder für die Instandhaltung werden gegenüber 1981 um 20,7 Prozent auf 2,6 Milliarden angehoben. Das ist ein Beweis dafür, daß die Sozialisten handeln, und nicht nur von der Stadterneuerung reden. Für die Opposition ist Stadterneuerung nur ein Spielball und nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Erst gestern hat die ÖVP im Bundesrat sich gegen die Stadterneuerung ausgesprochen. Damit geht wertvolle Zeit für wichtige Maßnahmen verloren. Auch bei der Beschlußfassung des neuen Mietrechtes wollte die Opposition keine Verantwortung übernehmen.

Die Einhebung eines Erhaltungsbeitrages ist ein großer Schritt in Richtung Stadterneuerung. Damit können auch Arbeitsplätze gesichert werden. Lustig verwies darauf, daß sich die Mieter nun durch die Einsetzung eines zwangsverwalters besser gegen Spekulanten zur Wehr setzen können. Einen "Judenplatz", einen "Kallinger" wird es in Zukunft nicht mehr geben, betonte Lustig. (Forts.) sei/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

41 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) bedauerte, daß die ÖVP den Saal verlassen habe, während der Wiener Gemeinderat die wichtigen Probleme der Stadterneuerung debattiert. "Offenbar hat die ÖVP zur Stadterneuerung nichts zu sagen!" sagte Oblasser. Stadterneuerung sei mehr als das Herrichten alter Häuser. Dazu gehört die Verbesserung der Wohnumwelt, die Nahversorgung, die Schaffung von Parks, Grünzonen und Spielplätzen. Auch die Frage des ruhenden Verkehrs müsse gelöst werden.

GR. Oblasser verwies auf das Beispiel des Stadterneuerungsgebietes Ottakring. Dabei sei von Grundsätzen ausgegangen worden, die auch auf die anderen Erneuerungsgebiete in Wien Anwendung finden können.

- o Sanfte Erneuerung, im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit den Betroffenen.
- o Renovierung des erhaltenswerten Althausbestandes sowie Abbruch und Neubau wo nicht anders möglich.
- o Errichtung von zusätzlichen Grünflächen und Freizeiteinrichtungen und
- o Verkehrsberuhigung durch Neuordnung des Verkehrs, z.B. Schaffung einer Wohnstraße.

Das Beispiel Ottakring habe gezeigt, daß Stadterneuerung auch den gezielten Grundankauf durch die Stadt benötige. Die Lust von privaten Hausbesitzern an der Stadterneuerung sei eher gering.

(Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

42 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL)" Bei der Berichterstattung habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß dies der erste zusammenfassende Bericht ist", erläuterte Stadtrat HATZL (SPÖ). In dieser Frage geht es nicht darum, daß wird die "Stadterneuerung erfunden" haben, sondern um einen Prozeß, der sich im Laufe der Zeit immer stärker entwickelt. Zum Vorwurf von GR. KUCHAR, daß ein Zielplan fehlt, sagte HATZL, daß der Bericht nur über Zustand und Leistungen erstellt wurde, während die Ziele im Stadtentwicklungsplan enthalten sind. Daß man mit den geringen Mieten bei Substandardwohnungen das Auslangen nicht finden kann, ist richtig. Es wird eine zweite Etappe notwendig sein, um auch diese Frage zu lösen. Zur Stadterneuerung gehört mehr als nur bestimmte Einzeltätigkeiten der Stadtverwaltung. Sie umfaßt alle Bereiche des täglichen Lebens, sagte HATZL weiter. Sachliche Argumentation für das Fehlen der ÖVP-Fraktion sind sicherlich widerlegbar: Bei einer dringlichen Anfrage oder einem dringlichen Antrag erfolgt auch keine Ankündigung lange vorher; der Stadtrat muß sich eben die Zeit nehmen, um sich mit der Sache zu befassen. Wer vorgibt, sich ständig mit einer Sachfrage auseinanderzusetzen, braucht nicht Tage der Vorbereitung für das, was er sagen möchte. Offenbar braucht die ÖVP jedoch tagelang, um an Positivem Negatives zu finden. Daß über den Bericht nicht gesprochen wird, ist eine Beleidigung der Demokratie. Weil es notwendig ist, für die Menschen in dieser Stadt zu arbeiten, ist es auch notwendig, diese Frage nicht als politischen Zwiespalt zu betrachten, sondern als Prozeß der ständigen wirtschaftlichen Auseinandersetzung, den wir für die Menschen dieser Stadt führen müssen, sagte HATZL abschließend.

ABSTIMMUNG über die Zuweisung des Beschluß- und Resolutionsantrages der ÖVP (Sondersitzung des Gemeinderates): Einstimmig angenommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

43 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) verlas die dringliche ANFRAGE an Stadtrat VELETA (SPö). Derzeit gibt es große Schwierigkeiten sowohl bei der Rinter-AG zur Beseitigung des Wiener Mülls als auch bei den Entsorgungsbetrieben Simmering bei der Lagerung des giftigen Sondermülls. Stadtrat Veleta wird daher gefragt, ob er als zuständiger Stadtrat den Stichtag für das Ablaufen des Probetriebes am 14. Februar 1982 zum Nachteil der Stadt Wien verstreichen ließ. Außerdem verlangt die ÖVP eine Klärung über den Stand der Verhandlungen mit der Rinter-AG. Weitere Fragen:

- Ist der Recycling-Versuch mit Kunststoffabfällen aus dem Müll gescheitert, welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, wie hoch sind die bisherigen Verluste bei Stilllegung der Anlage, welche weiteren Schritte wird Stadtrat Veleta unternehmen?

Ein weiterer Fragenkomplex betraf die Sondermüllverwertung durch die Entsorgungsbetriebe Simmering.

Der Wortlaut der dringlichen Anfrage:

1. RINTER-AG:

- a) Haben Sie als zuständiger amtsführender Stadtrat den Stichtag des Ablaufes des Probetriebes - 14.2.1982 - zum Nachteil der Stadt Wien verstreichen lassen?
- b) Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen mit der Rinter-AG?
- c) Welche Fristen und Lösungen werden nunmehr von Ihnen angesteuert und wann ist mit einem endgültigen Ergebnis Ihrer Verhandlungen zu rechnen, vor allem im Hinblick auf
  - die zeitliche Begrenzung des Probetriebes,
  - die Herabsetzung des Entgeltes,
  - die Teilverwertung des Mülls für Platten oder Brennmaterial,
  - die Menge des unverwertbaren Restmülls und seine Deponierung?
- d) Warum werden die wichtigen Verhandlungen mit der Rinter-AG nicht von Ihnen persönlich geführt?

(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

44 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL)

2. SONDERMÜLLVERWERTUNG DURCH DIE ENTSORGUNGSBETRIEBE SIMMERING:

- a) Wie konnte es zu einer unsachgemäßen und vielleicht gefährlichen Lagerung von vielen Tonnen giftigen Sondermülls in zum Teil undichten Fässern auf externen Deponien und im Bereich der Entsorgungsbetriebe Simmering kommen?
- b) Wie lange sind Verbrennungsanlagen der Entsorgungsbetriebe Simmering bereits ausgefallen und warum konnten diese Anlagen nicht rascher betriebsfähig gemacht werden?
- c) Wie ist nunmehr der Zeitplan betreffend eine ordnungsgemäße Lagerung und Vernichtung dieses Giftmülls?
- d) Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, daß sich solche Vorfälle nicht mehr wiederholen können?
- e) Wie ist nunmehr die Angemessenheit der Pachtvereinbarung mit den EBS im Lichte der Erfahrungen seit Übernahme dieser Anlage durch die Magistratsabteilung 30 vor rund 8 Monaten zu sehen?

3. KUNSTSTOFFRÜCKGEWINNUNGS GES.M.B.H.:

- a) Ist der Recycling-Versuch, Kunststoffabfälle aus dem Müll einer Wiederverwertung zuzuführen, als gescheitert anzusehen?
- b) Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, wenn vor allem die Trennung und Wiederverwertung des nicht sortenreinen Kunststoffes nicht funktioniert?
- c) Wie hoch wären die bisherigen Verluste aus Errichtung und Betrieb der Kunststoffrückgewinnungs Ges.m.b.H., falls die Anlage stillgelegt werden müßte?
- d) Welche weiteren Schritte beabsichtigen Sie als zuständiger Stadtrat aufgrund der dauernden Schwierigkeiten bei der Kunststoffrückgewinnungs Ges.m.b.H.?

(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

45 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) begründete die Dringlichkeit der Anfrage. Bei der Beschlußfassung der Errichtung einer Müllversorgungsanlage 1975 wurden als besondere Vorzüge der Rinter-AG die gesamte Abnahme des Mülls und die umweltfreundliche Verwertung hervorgehoben. Die optimistischen Prognosen über die Verarbeitung der Müllmenge haben sich als falsch erwiesen. Im Jänner 1982 wurden z. B. anstelle der vorgesehenen 1.000 Tonnen nur rund 320 Tonnen pro Tag angeliefert, was einem Preis von rund 1.300 Schilling pro Tonne entspricht. Bei der Behandlung des Sondermülls muß sogar von einem Giftmüllskandal gesprochen werden. Stadtrat Veleta hätte in beiden Fällen längst eingreifen müssen. Bei der Rinter AG sei die Frist des Probebetriebs am 14. Februar 1982 abgelaufen. Veleta sei jede Erklärung schuldig geblieben. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

46 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Als erster Debattenredner kam nochmals GR. Dr. KRASSER (ÖVP) zu Wort. Er betonte, daß die Gefahr im Bereich der EBS nicht unterschätzt werden darf und daß nach dem Motto "Es wird schon nichts passieren" erst nach dem Erscheinen von Zeitungsartikeln reagiert worden ist. Bezüglich der Rinter-AG forderte Krasser Stadtrat Veleta auf, sich selbst mit vermehrtem Nachdruck um eine Lösung zu bemühen.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, nach dem letzten Kontrollamtsbericht sei endgültig klar, daß die Rinter-AG die Abnahme der Vertragsmenge von 1.100 bis 1.200 Tonnen Müll täglich nicht einhalten kann. Die Konsequenz für die Stadt Wien muß die unverzügliche Einstellung der Zahlungen von 11 Millionen Schilling monatlich sein. Bereits bisher wurden 77 Millionen ohne nennenswerte Gegenleistung an die Rinter-AG entrichtet. Eine Verlängerung der Probezeit würde eine Abwälzung des Risikos von den Banken, die das Projekt finanziert haben, auf die Gemeinde bedeuten, was nicht die Aufgabe einer Kommune ist.

Zur EBS bemerkte Hirnschall, daß hier die Anpachtung durch die MA 30 unter dem Aspekt der Optimierung der Betriebsabläufe vorgenommen worden ist. Von einer Verbesserung kann jedoch keine Rede sein. Bedenkenlos wurden von der EBS Fässer mit gefährlichen Substanzen übernommen, ohne nach der Möglichkeit der Verarbeitung zu fragen. Dadurch werden Umwelt und Mitarbeiter gefährdet. Wenn nun der Gesundheitsminister und der Gesundheitsstadtrat den Betrieb besichtigen werden, sollten sie sich bemühen, hinter die Kulissen eines für sie errichteten "Potemkinschen Dorfes" zu blicken und Initiativen zur Beseitigung der Gefahrenherde zu setzen. Letztlich soll in diesem Fall auch das Sicherheitskontrollamt eingeschaltet werden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

47 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HABERL (SPÖ) sagte, hinter vorgehaltener Hand werde ein Unternehmen als mögliches Auffangunternehmen für die Rinter-AG genannt, daß jetzt schon deren Partner ist. Es stelle sich die Frage, warum dieses Unternehmen nicht schon jetzt für einen funktionierenden Betrieb sorgt. Werden da technische Probleme künstlich am Leben erhalten, fragte Haberl?

Es steht fest, daß das Rinter-Werk noch nicht zufriedenstellend funktioniert. Der gewerbebehördlich genehmigte Probetrieb mußte deshalb bis zum 30. Juni 1982 verlängert werden. Die private Firma zeigte sich bis jetzt nicht in der Lage, ihre Aufgabe zu lösen. Der Slogan von der Privatisierung kommunaler Einrichtungen hat sich ad absurdum geführt.

Aufgrund der Prognosen der Magistratsabteilung 48 ist 1985 mit einer Müllmenge von insgesamt 657.000 bis 710.000 Tonnen zu rechnen. Es ist eine Illusion zu glauben, daß überhaupt keine Deponien notwendig sein werden, auch bei der Verbrennung fällt Schlacke an.

Rinter ist derzeit noch nicht in der Lage, Sperrmüll zu verarbeiten. Eine entsprechende Zerkleinerungsanlage wurde bestellt.

Haberl erinnerte an den Antrag, alle bisher an die Firma Rinter geleisteten Zahlungen als Acontozahlungen zu werten. Dieser Antrag wird derzeit ebenso geprüft wie die mit der Firma Rinter abgeschlossenen Verträge. Diese Verträge sollen entsprechend den aus dem Probetrieb gewonnenen Erkenntnissen adaptiert werden.

Derzeit besteht kein Anlaß, das vom Gemeinderat beschlossene Müllkonzept in Frage zu stellen. Allerdings darf dem Wiener Steuerzahler aus der Tatsache, daß das Werk noch nicht funktioniert, kein Schaden erwachsen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

48 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) schlug vor, die Identität der in der EBS gelagerten Giftstoffe festzustellen. Man sollte diese Stoffe dann nach einer Dringlichkeitsstufe behandeln und sie ordentlich lagern. Notwendig wäre auch eine Spezialdeponie mit einer Untergrundabdichtung und einer Sickerwasserbehandlung.

Derzeit kann man dort alles finden, "was Gott verboten hat". Es besteht die Gefahr, daß Giftstoffe durch den Schotter dringen und den Boden und das Grundwasser verseuchen. Anrainer, aber auch die Betriebsangehörigen, sind gefährdet.

Die gemeinsame Führung der Entsorgungsbetriebe und der Hauptkläranlage hat völlig versagt, schloß DDr. STRUNZ. (Forts.)  
sei/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

50 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) stellte fest, daß die Wiener Recycling-Betriebe, ob privatrechtlich oder kommunal organisiert, nicht den Anforderungen entsprechen. Die erhoffte Technologie hat sich als nicht funktionsfähig erwiesen. "Ich war bestürzt über den Giftmüllskandal", sagte sie, "ist denn das niemandem aufgefallen?" Stadtrat Veleta habe dafür die Verantwortung zu tragen: "Wir bitten ihn daher, unsere Fragen ausreichend zu beantworten".

Die Rednerin bezweifelte, daß die giftigen Abfälle so schnell beseitigt werden können. Es gebe Berechnungen, daß bei gleichbleibendem Tempo die Vernichtung der gelagerten Stoffe mehr als drei Jahre dauern würde. Die ÖVP erwarte daher vom amtsführenden Stadtrat Veleta dringende Maßnahmen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

51 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Peter SCHIEDER (SPÖ) befaßte sich mit den grundlegenden Fragen der Abfallbeseitigung. Es sei jener Form der Vorzug zu geben, die sich Schutz der Gesundheit und der Umwelt zum Ziel gesetzt habe. Daher habe man in Wien den Versuch unternommen, eine Form der Wiederverwertung des Abfalls zu finden.

Zur Kostenfrage meinte SCHIEDER, daß die herkömmlichen Kostenvergleiche hinken. Es müßten auch die Nebenkosten und die Folgekosten berücksichtigt werden, die aber mit herkömmlichen Methoden nicht beziffert werden können. Vom Umweltstandpunkt aus müßte es zum Beispiel für die Rinter AG einen Sockelbetrag für die Abfallbeseitigung geben und zusätzlich einen Bonus dafür, daß eine Verwertung gefunden wird, die geringe Folgekosten verursacht. Diese Problematik dürfe nicht übersehen werden, auch wenn es keine ökologische Gesamtrechnung gebe.

Am Beispiel der Wiederverwertung von Altpapier zeigte Stadtrat SCHIEDER die Einsparungen an Rohstoffen, an Wasser und Energieverbrauch auf. Er verwies darauf, daß in einer Zeit der Rohstoffknappheit dieser Faktor bei der Wiedergewinnung berücksichtigt werden müsse.

SCHIEDER wandte sich scharf gegen Skandalisierungsversuche und meinte, ein echter Umweltskandal läge dort vor, wo nicht geordnet verarbeitet sondern Abfälle heimlich beseitigt werden.

Zur Frage der Zuständigkeit hob SCHIEDER hervor, daß es eine klare Regelung gebe. Er sehe auch keinen Anlaß dafür, sich einzuschalten, da er überzeugt sei, daß sich Stadtrat VELETA der Verantwortung bewußt sei und alle nötigen Maßnahmen setze. (Forts.)  
fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

54 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Es ist die Aufgabe einer vorausschauenden Kommunalverwaltung, für die Entsorgung, aber auch für die Innovation zu sorgen. Das enthält auch ein gewisses Risiko, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ). Dieses Risiko muß allerdings im Interesse einer gesunden Umwelt getragen werden. Heute kann man nicht nur von der Beseitigung des Mülls sprechen, sondern muß sich auch mit der Frage beschäftigen, ob eine Vernichtung sinnvoll oder eine Verwertung volkswirtschaftlich interessant wäre. Die Lagerung auf Deponien ist sicherlich nicht so kostenaufwendig wie die der Vernichtung. Bei der Übernahme der EBS durch die MA 30 war eine Weisung notwendig, weil sich diese dagegen gewehrt hatte, auch die Deponien zu übernehmen, die seit jener Zeit bestehen, als DDr. Strunz im Aufsichtsrat der EBS war. Mit dem Abbau der Deponie wurde bereits begonnen.

Zur Kunststoffrückgewinnungsgesellschaft sagte Veleta, daß die ständig steigende Umweltbelastung neue Technologien notwendig macht. Daher wurde die Rückgewinnungsgesellschaft gegründet. Das Problem der Rückgewinnung konnte jedoch nicht zufriedenstellend gelöst werden.

Im Hinblick auf die Firma Rinter erläuterte Veleta, daß es ein großes Verdienst von Stadtrat Nittel war, rechtzeitig die Probleme der Müllbeseitigung erkannt zu haben. Statt eine neue Müllverbrennungsanlage zu errichten, fiel die Entscheidung im Gemeinderat einstimmig für Recycling. Bei Auftauchen der ersten Probleme hat Veleta Sofortmaßnahmen veranlaßt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

55 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) In unmittelbarer Beantwortung der dringlichen Anfrage sagte VELETA, daß er selbstverständlich keine Stichtage zum Nachteil der Stadt Wien hat verstreichen lassen. Nach gründlicher Prüfung der Rechtssituation durch den Magistrat wurde auch ein versierter Fachmann auf dem Gebiet des Vertragsrechts mit der Sichtung des Aktenmaterials, des rechtlich relevanten Sachverhalts und der Prüfung der Ansprüche der Stadt Wien bei unzureichender Vertragserfüllung beauftragt. Bis 19. März muß Rinter eine Erklärung abgegeben, welche Maßnahmen zur Sicherstellung eines vertragsgemäßen Zustandes und ordentlichen Betriebes eingeleitet wurden und welche Maßnahmen sie noch setzen wird. Es haben aber auch schon Gespräche zwischen der Stadt Wien und Rinter über eine befriedigende Lösung begonnen. Damit soll erreicht werden, daß dann mit konkreten Gesprächen zur Klarstellung über den Probetrieb, eine Anpassung der Zahlungen an die tatsächliche Leistung und der offenen Fragen über die Deponierung von Restmüll begonnen werden kann. Dies soll bis 30. Juni abgeschlossen sein. Wenn notwendig, wird sich Veleta selbst in die Verhandlungen einschalten.

Mit der Lagerung von Fässern für die Sondermüllverwertung durch die EBS wurde schon vor Betriebsaufnahme begonnen, damit zu diesem Zeitpunkt eine entsprechende Kapazität zur Verfügung stand. Wegen Anlaufschwierigkeiten konnte das Zwischenlager kurzfristig nicht abgebaut werden. Eine Kommission hat festgestellt, daß die Lagerung keine schädlichen Auswirkungen hat. Vorsorglich wurden zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. Ein Ofen mußte Anfang Februar stillgelegt werden. Unglücklicherweise war ein zweiter Ofen ebenfalls außer Betrieb, daher mußte die Sondermüllverbrennung eingestellt werden. Nach Reparatur kann ein Ofen Mitte März wieder in Betrieb gehen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

56 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Soweit die Fässer nicht in flüssigkeitsdichten Wannen stehen, wird die Lagerfläche flüssigkeitsdicht ausgestaltet. Das wird innerhalb von sechs Wochen abgeschlossen sein. Gleichzeitig werden die flüssigen und pastösen Stoffe in Behälter abgesaugt und die Anzahl der Fässer auf der Lagerfläche verringert. Mit der Aufarbeitung der Fässer auf der Lagerfläche kann bis Ende des heurigen Jahres gerechnet werden. Dann wird mit der Abarbeitung der in den Lagerbecken aufbewahrten Behälter begonnen. Künftig wird durch organisatorische Maßnahmen immer ein Verbrennungsofen in Betrieb sein. Nach Abschluß der genannten Maßnahmen werden auch wieder Zwischenlagerflächen zur Verfügung stehen. Die Übernahme der Schlammabeseitigung durch die MA 30 hat sich positiv ausgewirkt: 95 bis 96 Prozent des Klärschlammes können verbrannt werden. Bei der Pachtberechnung wurde kein Gewinn sondern wurden nur die Selbstkosten veranschlagt.

Die Kunststoffrückgewinnungsgesellschaft konnte bei ihren Versuchen keinen Durchbruch erzielen. Die Anlage wird stillgelegt, obwohl weitere Versuche zweckmäßig wären. Nun muß mit einem Verlust von 22 Millionen gerechnet werden.

Damit war die Gemeinderatssitzung um 18.12 Uhr beendet. (Forts.)  
and/ap

NNNN

Am 12. März Gemeinderat

=++++

52 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat aufgrund der Gemeinderatsbeschlüsse für Freitag, den 12. März, um 9 Uhr, eine Sitzung des Gemeinderates einberufen. In dieser Sitzung werden Berichte von Stadtrat Johann HATZL über die Stadterneuerung und von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über die Spitalssituation auf der Tagesordnung stehen. (Schluß) sti/gg

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

53 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wir erinnern daran, daß am kommenden Dienstag, dem 2. März, um 11.30 Uhr, im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes ein Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ stattfindet. (Schluß) sti/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

=++++

57 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des 1. Landtagspräsidenten Hubert PFOCH (SPÖ) wurde die Sitzung des Wiener Landtags mit der Fragestunde aufgenommen.

Zwtl.: Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dkfm. AMMANN (ÖVP), welche Schritte zur Wiederherstellung des 12-köpfigen Kuratoriums für die Stiftung für Nervenranke auf dem Rosenhügel unternommen werden, antwortete Landeshauptmann Leopold GRATZ, daß ein diesbezüglicher Beschluß des Obersten Gerichtshofes erst am 23. Februar 1982 an die Magistratsabteilung 12 ergangen sei. Er könne daher in dieser Sitzung über etwaige Konsequenzen noch nicht berichten.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob mit der Erbin der Rothschild'schen Stiftung bereits Verbindung aufgenommen worden sei, sagte Gratz, daß dies noch nicht geschehen sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE was der Landeshauptmann unternehme, daß die Frist zur Wiederbestellung des Kuratoriums eingehalten werde, antwortete Gratz, er sei überzeugt, daß die Beamten der Stadt Wien alle Rechtsvorschriften beachten. Den durch den Stiftungsbrief Begünstigten, den Patienten des Spitals, wird es allerdings wenig nützen, wenn die Stadt Wien die Stiftung ohne weitere Hilfestellung einem Kuratorium übergibt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

58 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Ing. RIEDLER (SPÖ) nach dem letzten Stand der Verhandlungen zum Verkehrsverbund, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß es Auffassungsunterschiede über den Tarifverbund zwischen dem Bund, Wien, und Burgenland einerseits und dem Land Niederösterreich andererseits gäbe. Eine Arbeitsgruppe von Beamten soll innerhalb von sechs Wochen diese Differenzen klären.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob der Einnahmenentgang bei einem Tarifverbund von den Gebietskörperschaften getragen werden soll, betonte Stadtrat MAYR, daß die Gebietskörperschaften nicht zur Deckung des Abganges herangezogen werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob Stadtrat MAYR zu weiteren Verhandlungen über den Verkehrsverbund bereit sei, sagte MAYR, daß er den Plan zur Schaffung eines Verkehrsverbundes nicht aufgeben wird. Die Vorteile eines landesübergreifenden Tarif- und Verkehrsverbundes sind sehr groß. Die Kurzsichtigkeit des Landes Niederösterreich sei bedauerlich. (Forts.) ba/ap

NNNN



Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

59 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dr. AIGNER (SPÖ), welche Unterstützung durch die elektronische Datenverarbeitung im Rahmen der Abgabenverrechnung noch vorgesehen ist, sagte Stadtrat MAYR, daß bereits seit 1976 ein Großteil der Abgaben wie der Grundsteuer, der Lohnsummensteuer, der Müll- und Wassergebühren mit elektronischer Datenverarbeitung verrechnet wird. Seit Oktober 1981 erfolgte eine weitere Umstellung von 20 Abgaben wie Vergnügungssteuer und Anzeigenabgabe auf elektronische Verrechnung.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Abgabepflichtige betroffen sind und wann mit einer gänzlichen elektronischen Verrechnung der Abgaben zu rechnen ist, sagte Mayr, es sind 15.000 Abgabepflichtige betroffen, mit einer gänzlichen Umstellung ist Mitte 1982 zu rechnen. Lediglich die elektronische Verrechnung der Abgabenstrafen befindet sich noch in der Konzeptphase.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE wie die bisherigen Umstellungen angenommen wurden, sagte Mayr, daß die diesbezüglichen Änderungen sehr servicefreundlich sind, es allerdings notwendig ist, die entsprechenden Formulare genau auszufüllen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

60 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. KUCHAR (FPÖ), in welcher Weise sich durch die zuständigen Magistratsabteilungen die Kontrolle der Wohnbauträger vollzieht, die Förderungsmittel in Anspruch nehmen, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß durch ein exaktes Prüfungsverfahren durch die Magistratsabteilungen 25, 40 und 50, durch das Energiereferat der Stadtwerke und von der Stadt beauftragte Zivilingenieure sowie durch die zentrale Schlichtungsstelle die Gewähr gegeben ist, daß die geförderten Bauten in jeder Beziehung kontrolliert werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchem Ausmaß die Gebarung der Genossenschaften - nicht der einzelnen Projekte - geprüft wird, sagte Hatzl, er halte die Prüfungen bei weitem ausreichend um die von LAbg. Kuchar angesprochene Gefahr einer ähnlichen Entwicklung wie bei der WBO für kaum denkbar zu halten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es für die prüfenden Magistratsabteilungen auf Grund ihrer personellen Situation nicht schwierig sei, genaue Prüfungen durchzuführen, sagte Hatzl, er halte die Prüfungen für das Land Wien und den Revisionsverband in jedem Fall für ausreichend. Auf Grund der Vorfälle im Burgenland werden jedoch noch verstärkte Prüfungen vorgenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

61 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), welche Schwerpunkte die Novelle des Wiener Müllabfuhrgeetzes beinhalten werde, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß das derzeit bestehende Gesetz den Anforderungen des Umweltschutzes nicht mehr gerecht werde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann mit einer Vorlage der Novelle zu rechnen sei, nannte Veleta als voraussichtlichen Termin Mitte 1982.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), wann der Entwurf für ein neues Wiener Naturschutzgesetz vorlagereif sei, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß der Entwurf soweit ist, daß er zum externen Begutachtungsverfahren ausgesendet werden könnte. Damit wird jedoch noch bis zum Inkrafttreten des Washingtoner Atemschutzübereinkommens und der entsprechenden Bundesregelung - voraussichtlich im April 1982 - zugewartet. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Neuerungen vorgesehen seien antwortete Schieder, daß eine Anpassung an den modernen Umweltschutz notwendig sei. Natur- und Landschaftsschutz müssen auf die Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes ausgerichtet sein. Besonders wichtige Änderungen betreffen u.a. Bauführungen in Landschaftsschutzgebieten, die Neuregelung der Naturschutzgebiete, eine strengere Fassung der Bestimmungen über die Organe des Naturschutzes, sowie die Verankerung einer Anbotsverpflichtung an die Stadt Wien beim Verkauf von Grundstücken in Schutzgebieten beziehungsweise mit Naturdenkmälern. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Naturschutzbeirat in die Vorarbeiten miteinbezogen wurde, bejahte Schieder. Es wurden auch zahlreiche Anregungen des Beirates aufgegriffen. Selbstverständlich wird der Entwurf auch nach der externen Begutachtung neuerlich dem Naturschutzbeirat vorgelegt werden. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

62 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. FÜRST (ÖVP), warum es in Wien noch immer kein Zivilschutzkonzept gibt, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß ein exaktes Konzept für die zivile Landesverteidigung und das Katastrophenhilfegesetz vorliegen. Eine Information der Bevölkerung über den Zivilschutz wird im erste Halbjahr 1982 erfolgen. Die Einsetzung von Bezirkskommissionen war bisher nicht möglich, weil noch keine Übereinstimmung der Gemeinderatsklubs über eine notwendige gesetzliche Änderung besteht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die vor einem Jahr zugesagte Broschüre noch nicht hergestellt wurde, antwortete Schieder, daß die inhaltlichen Unterlagen dafür seit einem Jahr fertig sind.

Allerdings sollten auch die Bezirkskommissionen in dieser Broschüre aufgenommen werden und über diese Kommissionen gibt es eben noch immer keine Einigung.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ein Zuwarten in dieser Frage nicht unverantwortlich ist, antwortete Schieder, daß für einen Katastrophenfall durch das Konzept für die zivile Landesverteidigung und das Katastrophenhilfegesetz ausreichend vorgesorgt ist.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. HABERL (SPÖ), wie vom Land Wien für die Durchführung des vom Nationalrat beschlossenen Beitritts Österreichs zum Artenschutzübereinkommen vorgesorgt wird, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß der Nationalrat diesen gesetzesändernden Staatsvertrag noch genehmigen muß. Gleichzeitig ist ein Durchführungsgesetz des Bundes notwendig. Weder der Beitritt Österreichs noch ein Durchführungsgesetz wurden bisher kundgemacht. Auf Initiative des Landes Wien wurde in Arbeitskreisen eine Vereinheitlichung der Länderinteressen angestrebt. Ein Rohentwurf für ein Wiener Landesgesetz liegt vor. Am 1. März findet eine Länderbesprechung über eine bundeseinheitliche Vorgangsweise statt. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

63 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE des LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Trassenvarianten im Bereich zwischen Praterbrücke (Knoten Kaisermühlendamm) und Harrachgasse bei der Detailplanung der A 22 derzeit geprüft werden, antwortete Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER (SPÖ), daß das Projekt nach der abgeschlossenen Projektbesprechung im Jahre 1980 dem Anhörungsverfahren zugeführt worden sei. Da keine Einwendungen gegen das Projekt erhoben wurden, hat das Bundesministerium für Bauten und Technik am 20. November 1981 die nötige Verordnung verlautbart. Mit der Detailprojektierung für diesen Abschnitt der A 22 wurde bereits begonnen. Lärmschutzmaßnahmen werden aufgrund der lärmtechnischen Messungen verwirklicht. Im Bereich der Alten Donau werden Ufergestaltungsmaßnahmen für Freizeit und Erholung geplant. Auch sei nur eine geringe Inanspruchnahme von Wasserflächen angestrebt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob der Stadtrat aussagen könne, wieviele Bäume der Planung zum Opfer fallen können, erwiderte Stadtrat WURZER, daß diese Angaben derzeit nicht gemacht werden können. Erst nach Vorlage des Detailprojektes könne in der Baumfrage entschieden werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

64      Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE des LAbg. LUDWIG (SPÖ), welche Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit der Bundesländer Wien-Niederösterreich und Burgenland im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost gewonnen werden konnten, gab Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER einen Überblick über die bisherige Tätigkeit der Planungsgemeinschaft Ost. Die im April 1978 über Initiative von Landeshauptmann Leopold GRATZ gegründete Planungsgemeinschaft Ost hat die Aufgaben der Ausarbeitung gemeinsamer Raumordnungsziele für die Ostregion, die Koordinierung raumwirksamer Planungen, die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Dritten und die Durchführung von Forschungsvorhaben übernommen. Bereits im Juni 1979 wurden gemeinsame Raumordnungsziele für die künftige Entwicklung einhellig beschlossen. Die im Entwurf des Stadtentwicklungsplanes für Wien enthaltenen überregionalen Ziele decken sich daher im wesentlichen mit jenen für die Entwicklung der gesamten Ostregion. Es ist die Ausarbeitung eines gemeinsamen Forderungskataloges für den Bundesstraßenbau gelungen. Überregionale Verkehrsfragen konnten im Interesse Wiens geklärt werden. Weiters wurde ein Donauauenplan, ein Landschaftsrahmenplan Wien-Hainburg sowie ein Schottergewinnungskonzept erarbeitet. Für den Ausbau des Hafens Albern, der für die gesamte Ostregion von Bedeutung ist, konnte eine überregionale Übereinstimmung erzielt werden. Schließlich wurde auch ein Maßnahmenkatalog für Park-and-Ride-Standorte in der Ostregion erarbeitet, um das Kerngebiet Wiens vom Autoverkehr zu entlasten. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Anträge

=++++

65 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Dem Landtag lagen ein Antrag der FPÖ betreffend die Novellierung des Gesetzes zur Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates sowie ein Antrag der ÖVP zur Schaffung einer Handelsakademie für behinderte Schüler vor. Sie wurden dem Stadtrat für Wohnen und Stadterneuerung beziehungsweise dem Landeshauptmann zugewiesen. Eine Gesetzesvorlage der SPÖ für eine Änderung des Parkometergesetzes wurde dem Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen.

Zwtl.: Neuwahlen

LABg. Prof. WIESINGER hat seine Funktion als Mitglied des Landessportrates zurückgelegt. Landtagsabgeordneter LUDWIG wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landessportrates berufen. Als neue Mitglieder des Landessportrates wurden die Landtagsabgeordneten FREINBERGER und VEJTISEK (beide SPÖ), als Ersatzmitglieder die Landtagsabgeordneten HANKE und Leopoldine PFAUSER (beide SPÖ) gewählt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Gebrauchsabgabengesetz

=++++

66 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Gebrauchsabgabengesetzes. Die Novelle soll eine Anpassung des Tarifes an die seither eingetretenen wirtschaftlichen und technischen Änderungen bringen. Seit 1966 betrug die Indexsteigerung 130 Prozent, die Tarife werden in der Regel um 150 Prozent angehoben. Höhere Steigerungen wird es geben, wenn öffentlicher Grund in Anspruch genommen wird. Der Mindesttarif wird generell entsprechend dem Aufwand zur Einhebung mit 50 Schilling festgesetzt. 17 Posten werden aufgelassen, ein neuer für Klimageräte eingeführt. Aus Vereinfachungsgründen werden mehrere gleichartige Posten zusammengefaßt.

Das dient der Erfassung durch ADV und damit einer rascheren Anpassung an wirtschaftliche Veränderungen. Der Geltungsbereich wird auf Bundesstraßengrund ausgeweitet, um Kurzparkzonen zum Beispiel auch am Naschmark einführen zu können. Das Abgabengjahr wird dem Kalenderjahr angepaßt. Dazu kommen einige Klarstellungen. Der Bund hat sich gegen die Novelle insofern ausgesprochen, als auch seine Einrichtungen besteuert würden. Die Kammer lehnt die Erhöhung der Post für Baustofflagerungen ab, das ist jedoch, so Mayr, notwendig, um die Lagerdauer möglichst kurz zu halten. Schanigärten sollen besteuert werden. Das ist gerechtfertigt im Hinblick auf die hohen Aufwendungen der öffentlichen Hand, die nun zu einem erhöhten Umsatz führen. Für Klimageräte gilt ein Satz von 400 Schilling. Für nicht ortsfest verbundene Stände werden Abgaben zwischen ein und drei Prozent des Umsatzes vorgesehen. Nun ist auch ein Strafsatz bis zu 30.000 Schilling aufgenommen. (Forts.) and/bs

NNNN



Wiener Landtag (11)

Utl.: Gebrauchsabgabengesetz

=++++

67      Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Novelle zum Gebrauchsabgabengesetz setzt die Welle von unangemessenen Gebühren- und Abgabenerhöhungen fort, stellte LABg Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fest. Die Tarifsteigerungen betragen in Einzelfällen 1.500 Prozent. In einzelnen Branchen wird diese Erhöhung auf die Preise durchschlagen. Begrüßenswert an der Novelle sei die Vorschreibung von Gebrauchsabgaben für das Leitungsnetz der Post. Für das Bau- und Baunebengewerbe ergeben sich allerdings schwere Belastungen. Für Baustofflagerungen ist die 15-fache Gebühr zu bezahlen. Die Gebrauchserlaubnis muß mindestens vier Wochen im voraus eingeholt werden. Bei kleineren Renovierungen wird dies zu Verzögerungen führen und sicherlich als Schikane empfunden. Die Novelle sei geradezu stadterneuerungsfeindlich. Die Fälligkeitsfrist für die Gebrauchsabgabe sei zu kurz bemessen. Das Gesetz sei unvollziehbar, die FPÖ wird dieser Novelle daher nicht zustimmen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Gebrauchsabgabegesetz

=++++

68 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) LAbg. SCHNEIDER (ÖVP) kritisierte die im Gesetz vorgesehene Erhöhung der Gebühren für Schanigärten, die besonders für Lokale in Fußgängerzonen sehr hoch ist. Schneider sagte, dadurch werde es den Gastronomen schwer gemacht, ihren Beitrag zur Belebung des Stadtbildes zu leisten, den nun einmal ein Schanigarten bildet. Ist es schon schwierig und langwierig, eine Bewilligung zu einem derartigen Vorgarten zu erhalten, so ist es durch die Erhöhung der Gebühren für manche Geschäftsleute schon fraglich, ob es sich noch lohnt. Abänderungsanträge der ÖVP in dieser Frage sind von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Die ÖVP sieht sich daher nicht in der Lage, dem Gesetzesentwurf, der in vieler Beziehung einen Rückschritt bedeutet, ihre Zustimmung zu geben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Gebrauchsabgabegesetz

=++++

69 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) wies darauf hin, daß in dem Gesetzesentwurf auch Verbesserungen enthalten sind, so zum Beispiel die Abgabefreiheit für Blumen vor einem Lokal, was von der SPÖ sechs Jahre lang abgelehnt worden war. Im Interesse der Wirtschaft und der Stadterneuerung wären jedoch einige Änderungen notwendig. Goller stellte einen ABÄNDERUNGSANTRAG, der besonders eine wesentliche Verringerung beziehungsweise den Wegfall der Gebrauchsabgabe in einzelnen Positionen vorsieht. So soll beispielsweise die Gebrauchsabgabe für Schanigärten geringer als im Entwurf vorgesehen festgelegt werden, Gerüste sollen von der Gebrauchsabgabe wie bisher frei bleiben. Der jetzige Entwurf ist gegen die Stadterneuerung gerichtet, schloß Goller. (Forts.) ger/ap

NNNN

Die Sitzung des Wiener Landtags wurde um 20.45 Uhr geschlossen.  
 (Schluß: 1982-02)

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Gebrauchsabgabegesetz

=++++

70 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Mit dieser Novelle werden auch einige Tarifposten wie die Abgabe auf die Behälter von Zierpflanzen aufgelassen, erklärte LABg SALLABERGER (SPÖ). Seit 1966 sind die Verbraucherpreise um 130 Prozent, die Grundstückspreise um 150 bis 200 Prozent gestiegen.

Die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Fußgängerzonen waren hoch. In der Kärtner Straße wurden 5.500 Schilling pro Quadratmeter, Am Graben 2.700 bis 2.900 Schilling pro Quadratmeter und in Favoriten 2.500 bis 2.600 pro Quadratmeter ausgegeben. Private würden bei solchen Ausgaben eine Miete zwischen 500 bis 800 S pro Quadratmeter im Monat verlangen. Falls die Gebrauchsabgabe für einen Würstelstand wirklich existenzgefährdend ist, könnte die Wiener Handelskammer ihre Kammerumlage ja auf das Niveau der anderen Bundesländer reduzieren. In Wien muß nämlich ein Würstelstand 1.100 Schilling pro Jahr Kammerumlage bezahlen, in den Landeshauptstädten zumeist bloß die Hälfte.

Stadtrat MAYR (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß man schon aus Konkurrenzgründen für die bessere Lage in Fußgängerzonen eine höhere Gebrauchsabgabe verlangen sollte. Das Gesetz wurde in der Wiener Landesregierung und im Finanzausschuß ausführlich beraten.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag der ÖVP fand nicht die Mehrheit, das Gebrauchsabgabegesetz wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtags wurde um 20.40 Uhr geschlossen.  
(Schluß) sei/sim

NNNN